

Im März 2026

Haushaltsrede der Unabhängigen Bürgerliste zum Haushaltsplan 2026

Wilhelm König, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bogner, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, meine Damen und Herren.

Herr Kretschmann wurde einmal in einem Interview gefragt, ob Politik noch Spaß mache.

Die Antwort: „Politik macht keinen Spaß, Politik macht Sinn! Sie ist meistens auch nicht lustig und man muss sich sehr viel ärgern. Es gelingt einem nicht alles und vieles, das man da macht, muss man einfach machen."

Dieser Haushalt macht keinen Spaß.
Explodierende Kosten treffen auf Einnahmen, die nicht mithalten können. Viele Entscheidungen aus der Vergangenheit waren damals nachvollziehbar, würden heute aber vermutlich keine Mehrheit mehr finden. Trotzdem gilt: Ein Haushalt muss beschlossen werden, um handlungsfähig zu bleiben - auch wenn nicht jede Position unumstritten ist. Dabei ist uns wichtig zu betonen: Das Bereitstellen von Mitteln bedeutet nicht automatisch deren Ausgabe. Es bedeutet zunächst, Optionen offen zu halten und Entscheidungen bewusst zu treffen.
Zunächst möchten wir uns ausdrücklich bei der Verwaltung und insbesondere beim Kämmerer Herrn Holz bedanken. Die Erstellung eines Haushalts in dieser Größenordnung, unter diesen Rahmenbedingungen, ist keine Selbstverständlichkeit
Ebenso danken wir für die transparente Darstellung und die

Bereitschaft, den Gemeinderat in mehreren Sitzungen ausführlich mitzunehmen und Fragen zu beantworten.

1. Ausgangslage: Strukturelles Defizit statt kurzfristiges Problem

Ein Blick auf die Haushalte der vergangenen Jahre zeigt ein wiederkehrendes Muster: Zu hohe Ausgaben stehen dauerhaft zu niedrigen Einnahmen gegenüber.
Die Kostenlast von Bund und Land wächst, während der finanzielle Spielraum der Gemeinde schrumpft. Viele Ausgaben sind Pflichtaufgaben und kaum beeinflussbar. Schulen, Kindergärten, Verwaltung und Infrastruktur müssen funktionsfähig bleiben. Einsparungen dürfen nicht dazu führen, dass die Leistungsfähigkeit der Gemeinde oder die Daseinsvorsorge gefährdet werden. Gerade deshalb halten wir die im Haushaltsplan vorgesehenen Sparmaßnahmen für nicht ausreichend, um die strukturellen Probleme unserer Gemeinde nachhaltig zu lösen. Es gibt weitere Einsparpotenziale, die wir benennen und konsequent angehen müssen.

2. Personalkosten: Erste Schritte, aber noch nicht am Ziel

Im Bereich der Personalkosten ist die Umstrukturierung der Kindergärten ein erster richtiger Schritt.
Auch die externe Überprüfung der Personalstruktur im Rathaus war sinnvoll, wenngleich die Ergebnisse aus unserer Sicht noch zu wenig greifbar sind.
Der Beschluss, keine neuen Stellen zu schaffen und frei werdende Stellen kritisch zu prüfen, ist notwendig.
Allerdings sehen wir hier immer noch weiteren Prüfbedarf. Effizientere Abläufe, klare Zuständigkeiten und eine bessere Nutzung digitaler Systeme, die trotz erheblicher Investitionen noch nicht zuverlässig funktionieren (LOCABOO), müssen stärker in den Fokus rücken.
Ziel muss es sein, mit den vorhandenen Ressourcen dauerhaft leistungsfähig zu bleiben, ohne die Personalkosten weiter anwachsen zu lassen.

Einsparungen dürfen hier nicht bei der Erreichbarkeit des Rathauses erfolgen:
Die bestehenden Öffnungszeiten und die spontane Ansprechbarkeit werden von den Bürgerinnen und Bürgern geschätzt und sollten erhalten bleiben.

3. Freiwilligkeitsleistungen konsequent prüfen

Ein wesentlicher Hebel liegt für uns bei den Freiwilligkeitsleistungen. Dabei geht es nicht darum, das Vereinsleben oder kulturelle Angebote grundsätzlich infragezustellen, sondern um Prioritätensetzung.
Hier sehen wir mehrere Ansatzpunkte, ohne uns im Detail zu verlieren:

- Mitgliedschaften der Gemeinde sollten regelmäßig auf Nutzen und Kosten überprüft werden, etwa bei der Fremdenverkehrsgemeinschaft Schwäbischer Wald (9.500 €) oder dem Schwäbischen Mostviertel (3.100 €)
- Laufende Pflegekosten, wie beim Rasenspielfeld (rund 40.000€ jährlich), könnten durch alternative Lösungen oder stärkere Eigenleistungen reduziert werden
- Projekte wie der Skulpturenpfad könnten zumindest zeitweise ausgesetzt werden; allein die Versicherungskosten (ca 2.500 € pro Jahr) zeigen, dass auch kleine Beträge in der Summe relevant sind.
- Als Zeichen der Glaubwürdigkeit können wir uns vorstellen, für ein Jahr auf Sitzungsgelder zu verzichten. Sparen darf alle betreffen - auch uns Gemeinderäte.

Auch bei etablierten Kooperationen sehen wir Prüfbedarf. Die Jugendmusikschule leistet hervorragende Arbeit, dennoch sollte geprüft werden, ob Einsparungen möglich sind, die sich auf den Gemeindezuschuss (rund 39.000 €) auswirken könnten.

4. Kinderbetreuung, Zweckverbände und Verträge

Kritisch sehen wir weiterhin fehlende Jahresabschlüsse beim Zweckverband Bildungszentrum. Transparenz ist Voraussetzung dafür, mögliche finanzielle Vorteile für die Gemeinde zu erkennen.Auch die Verträge mit den Kirchen im Bereich der

Kinderbetreuung sollten neu betrachtet werden. Der Gemeindeanteil erscheint uns sehr hoch. Gleichzeitig stoßen wir bei der Finanzierung der Kinderbetreuung insgesamt an Grenzen. Kostensteigerungen von über 30 % lassen sich nicht durch Gebührenerhöhungen von lediglich 2 % auffangen.

Wir plädieren daher für ein anderes Gebührenmodell: günstige Kernzeiten, dafür deutlich höhere Gebühren für Zusatzzeiten. Dies kann das System stabilisieren und einzelne Familien sogar entlasten.

5. Liegenschaften, Infrastruktur und Investitionen

Unsere Gemeinde besitzt mehrere Gebäude, die nicht voll ausgelastet sind, teilweise sanierungsbedürftig und durch steigende Energiekosten teuer im Unterhalt. Hier sollte zügig geprüft werden, welche Gebäude verkauft werden können. Vorliegende Studien - auch ältere - sollten endlich genutzt werden.

Auch bei der Infrastruktur bestehen weiterhin Einspar-potenziale. Zwar wurden neue, steuerbare Straßen-beleuchtungen bereits angeschafft, die damit verbundenen Möglichkeiten zur Reduzierung von Leuchtzeiten und Helligkeit werden bislang jedoch noch nicht ausgeschöpft.

Ein weiteres Beispiel sind Investitionen in die Sicherheit: Für ein Sirenen-Frühwarnsystem wurden rund 80.000 € ausgegeben Wenn diese Anlagen beschafft sind, müssen sie auch zeitnah installiert und durch regelmäßige Probealarme sowie Information der Bevölkerung sinnvoll genutzt werden - alles andere ist gebundenes Kapital ohne Wirkung.

Auch bei Investitionen - insbesondere wenn Fördermittel im Spiel sind - braucht es mehr Zurückhaltung. Nicht jedes geförderte Projekt ist automatisch sinnvoll. Entscheidend muss sein, ob wir uns die Maßnahme dauerhaft leisten können und ob sie wirklich notwendig ist. Planungen und Gutachten kosten Geld und sind nur sinnvoll, wenn echte Veränderungen gewollt sind.

Gerade im Hinblick auf ein mögliches Sondervermögen braucht es Weitsicht:
Dieses Geld ist kein Freibrief für teure Einzelmaßnahmen, sondern darf nur dort eingesetzt werden, wo Nutzen und Folgekosten langfristig tragbar sind.

Dabei dürfen wir auch die Entwicklung unserer Verschuldung nicht aus dem Blick verlieren. Bis zum Jahresende wird sich der Schuldenstand der Gemeinde auf rund 15 Millionen Euro erhöhen. Allein die damit verbundenen Zinsbelastungen schränken unseren finanziellen Handlungsspielraum weiter ein.

5.1 Lehrschwimmbecken – verantwortungsvoll entscheiden statt vorschnell handeln

Das Lehrschwimmbecken bewegt viele Bürgerinnen und Bürger Dass Schwimmunterricht - insbesondere für Kinder - wichtig ist, steht außer Frage.
Dennoch müssen wir diese Diskussion nicht nur emotional, sondern auch finanziell und strukturell führen.
Die Sanierung des Lehrschwimmbeckens würde erhebliche Mittel binden, während gleichzeitig auch das Gebäude insgesamt sanierungsbedürftig ist.
Es wäre aus unserer Sicht nicht verantwortungsvoll, viel Geld in einen einzelnen Gebäudeteil zu investieren, ohne die Gesamtsituation zu betrachten. Andernfalls besteht die Gefahr, heute hohe Summen auszugeben und in wenigen Jahren erneut vor großen Investitionen zu stehen.
Deshalb fordern wir, vor einer Entscheidung alle Alternativen zum bestehenden Konzept zu prüfen.
Entscheidend ist, dass Schwimmunterricht weiterhin angeboten wird - nicht zwingend, dass dies dauerhaft an ein bestimmtes Gebäude gebunden ist.

6 Fazit

Sparen ist unbequem und verlangt von allen Beteiligten ein Verlassen der Komfortzone. Die Bürgerinnen und Bürger wurden bereits durch höhere Grund- und Gewerbesteuern belastet.

Deshalb ist es unsere Pflicht, auf Gemeindeebene konsequent weiter nach Einsparpotenzialen zu suchen, Prioritäten klar zu setzen und Entscheidungen nicht unnötig zu vertagen.

Ebenso wichtig ist allerdings ein Umdenken und manchmal sogar Neudenken, wenn man im Laufe eines Prozesses merkt, dass etwas in die falsche Richtung läuft.
Mehr Eigeninitiative, Einbinden von Vereinen oder auch ein Förderverein beim Beispiel Lehrschwimmbecken, könnten Alternativen zu einer Vollfinanzierung sein.

Der Haushaltsplan 2026 ist notwendig, aber aus unserer Sicht nicht ambitioniert genug.

Wir erwarten für die kommenden Jahre deutlich mehr Mut zur Konsolidierung, zur Überprüfung liebgewonnener Strukturen und zu echten Veränderungen, um Spielräume für dringend notwendige Aufgaben wie die Sanierung unserer Leitungs- und Abwassersysteme zu schaffen.

Trotz dieser Kritik stimmen wir als UBL dem Haushaltsplan zu, verbunden mit der klaren Erwartung, dass die Konsolidierung in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt und vorhandene Einsparpotenziale auch tatsächlich ausgeschöpft werden.

Auch dieser Haushalt zeigt: Politik macht nicht immer Spaß – aber sie muss Sinn machen.

Abschließend danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde, den Beschäftigten in Verwaltung, Bauhof, Kindergärten und Schulen sowie allen Ehrenamtlichen, Vereinen und Organisationen für ihr großes Engagement für unsere Gemeinde.
Die Stellungnahme zum Haushaltsplan und weitere Informationen können Sie auf der UBL-Homepage https://www.ubl-weissach-im-tal. de/ nachlesen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit